

Zeitschrift: Visit : Magazin der Pro Senectute Kanton Zürich
Herausgeber: Pro Senectute Kanton Zürich
Band: - (2020)
Heft: 1: Faires Zusammenspiel : vom Geben und Nehmen zwischen Jung und Alt : und warum unser Generationenvertrag allen dient

Artikel: "Solidarität ist keine Einbahnstrasse"
Autor: Torcasso, Rita / Diener, Verena / Silberschmidt, Andri
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-928342>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Zwei Persönlichkeiten, ein Thema: Ex-Regierungsrätin Verena Diener diskutiert mit Nationalrat Andri Silberschmidt über den Generationenvertrag.

«Solidarität ist keine Einbahnstrasse»

Wie gut funktioniert der Generationenvertrag heute noch und welche Anforderungen stellt die Zukunft? Ein Gespräch mit Verena Diener, die 40 Jahre in der Politik auch AHV-Reformen mitgeprägt hat, und mit dem neu gewählten Nationalrat Andri Silberschmidt.

Interview: **Rita Torcasso** Foto: **Renate Wernli**

Wie erleben Sie heute in Ihrem Umfeld die Solidarität zwischen Jung und Alt?

Verena Diener: Ich beobachte beim Austausch der Generationen im Alltag eine hohe Achtsamkeit. Junge Menschen erlebe ich als gruppenorientierter, als wir es früher waren. Natürlich formuliert jede Generation auch ihre Partikularinteressen, doch wenn es wirklich darauf ankommt, ist unsere Bevölkerung solidarisch.

Andri Silberschmidt: In meinem Umfeld erlebe ich den Generationenkitt als intakt. Früher war damit ja vor allem der innerfamiliäre Zusammenhalt gemeint, was sich aus meiner Sicht immer mehr auf die Gesellschaft ausgeweitet hat. Bei jungen Unternehmern sind gemischte Teams gefragt; in dem von mir mitbegründeten Startup haben wir zwei ältere Personen, die ihre Erfahrungen einbringen.

Welche Beziehungen zu Menschen anderer Generationen haben Sie persönlich?

Silberschmidt: Ich wuchs zusammen mit den Grosseltern im selben Haus auf. Als sie im hohen Alter waren, machte ich während meiner Lehre die Buchhaltung für sie und konnte so etwas von dem zurückgeben, was ich als Kind von ihnen erhalten habe.

Diener: Ich bin in einem Mehrgenerationenhaus aufgewachsen. Das gebe ich heute weiter, indem ich meine Enkelinnen, die zwischen 7 und 16 Jahre alt sind, mit Betreuung und Beratung unterstütze. Ausserdem engagiere ich mich als Mentorin für junge Frauen, die in die Politik einsteigen möchten.

Beim Sorgenbarometer der Schweizer Bevölkerung steht die Altersvorsorge an erster Stelle. Traut die Bevölkerung der Politik keine Lösung mehr zu?

Silberschmidt: Tatsächlich hat die junge Generation kein Vertrauen mehr, dass die Politik eine Lösung findet, welche die Finanzierung der Altersvorsorge langfristig sichert. Es gibt jene, die sich nicht darum kümmern, und die andern, die denken, dass sie im Alter nichts mehr erhalten werden. Für mich ist die wichtigste Aufgabe der Politik, diese Angst ernst zu nehmen.

Diener: Die Sorge der Jungen finde ich berechtigt und auch ihre Sicht, dass die heutigen Rentnerinnen und Rentner eine komfortable Situation haben. Doch der Ball für notwendige Veränderungen zur Absicherung der Altersvorsorge kann nicht nur bei der Politik liegen. Wenn jeder in der Gesellschaft nur die eigenen Interessen schützt, werden Kompromisse schwierig. Deshalb muss die Politik auch dafür sorgen, dass die Bevölkerung die Komplexität unseres Dreisäulen-Modells besser versteht.

«Die junge Generation hat kein Vertrauen, dass die Politik eine Lösung findet für die langfristige Finanzierung der Altersvorsorge.»

Andri Silberschmidt

Andri Silberschmidt, auf Ihrer Website schreiben Sie von «Rentenklaue an den Jungen». Besteht die Gefahr einer Aufkündigung des heutigen Rentensystems?

Silberschmidt: Es ist einfach so, dass bei der beruflichen Vorsorge der zweiten Säule die berufstätige Bevölkerung heute nicht nur für sich selber, sondern auch für die bereits laufenden Renten bezahlt. Diese Umverteilung war in der BVG so nie geplant. Und die Umverteilung in der AHV ist eine des Masses. Ich bin durchaus bereit, die heutigen Renten mitzutragen, wenn wir dafür die Sicherheit haben, dass wir später ebenfalls noch eine existenzsichernde Rente erhalten werden.

Verena Diener, gibt es aus Ihrer Sicht Verpflichtungen der Pensionierten gegenüber den Jungen?

Diener: Solidarität ist sicher keine Einbahnstrasse. Die Verpflichtung sehe ich darin, dass die Älteren Hand bieten zu Generationenlösungen. Heute erleben wir ja mit der Klimakrise drastisch, was geschieht, wenn man einfach zuwartet.

Silberschmidt: Finanziell leisten Pensionierte heute über die Mehrwertsteuer einen Beitrag an die AHV. Wie und ob ältere Menschen in der Gesellschaft zusätzliche Verpflichtungen gegenüber Jungen wahrnehmen sollen, ist nicht Sache der Politik. Viel wichtiger scheint mir heute, dass die Politik mehr Anreize entwickelt, damit ältere Menschen länger arbeiten können.

Ein höheres Rentenalter wurde allerdings vom Volk immer wieder abgelehnt. Was könnte denn diese Haltung verändern?

Diener: Ein neues Rentenmodell muss flexibler sein und könnte allenfalls auch über die Beitragsjahre festgelegt werden. Ausserdem muss es die heutigen Arbeitsmodelle unter die Lupe nehmen und Hindernisse wie zum Beispiel, dass ältere Arbeitnehmende heute zu teuer sind, beseitigen. Der Gedanke, mit 65 endlich pensioniert zu sein, ist überholt, und es gibt viele, die damit nicht glücklich sind. Erwerbstätige sollten in Zukunft mehr Möglichkeiten haben, den Zeitpunkt der Pensionierung selber zu wählen.

Silberschmidt: Aber ein Referenzalter für die Pensionierung muss bleiben. Die Jungfreisinnigen



Verena Diener (70) war viele Jahre zunächst für die Grüne Partei und später für die Grünliberalen Regierungsrätin im Kanton Zürich und Ständerätin.

haben im November die Renteninitiative lanciert, die das Rentenalter bis 2030 schrittweise auf 66 anheben und danach an die Lebenserwartung binden will. Argumente dagegen wie jene, der Arbeitsmarkt sei für Ältere schwierig, sind berechtigt, sollen aber nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es braucht eine Lösung für das Rentendefizit. Ich bin überzeugt, dass ein grosser Teil der Arbeitnehmer gerne länger arbeiten möchten, wenn sie gute Möglichkeiten haben.

Das heutige Rentensystem orientiert sich an der linearen Vollzeit-Arbeitsbiografie. Ist das heute mit mehr Teilzeitarbeitenden und Freelancern überhaupt noch zeitgemäss?

Diener: Heute wird bei allen derselbe Koordinationsabzug von rund 25 000 Franken erhoben, doch für die anstehende Reform besteht ein Konsens, dass dieser Abzug in Zukunft nach Anstellungspensum abgestuft sein soll. Da zeichnen sich also Lösungen ab. Mehr Sorgen macht mir, dass es heute bei einem Vollpensum Löhne gibt, die so tief sind, dass damit keine ausreichende Rente erwirtschaftet werden kann.

Betroffen sind davon ja vor allem Frauen, die gut einen Drittel weniger Rente als Männer erhalten, in der Zweiten Säule gar 63 Prozent weniger. Müsste die unbezahlte Betreuungs- und Pflegearbeit, die vor allem Frauen leisten, stärker berücksichtigt werden?

Diener: Ja, man müsste diese Arbeit stärker einbinden in die Berechnung der Renten. Zwar gibt es bei der AHV Erziehungs- und Betreuungsgutschriften, doch diese werden hälftig zwischen den

«Wenn jeder in der Gesellschaft nur die eigenen Interessen schützt, werden Kompromisse schwierig.»

Verena Diener

Eltern aufgeteilt und entsprechen nicht dem effektiv geleisteten Arbeitsaufwand.

Silberschmidt: Für mich stellt sich die Frage anders: Welche Arbeit soll finanziell entschädigt werden? Denn von der dieser Entschädigung hängt die Rentenbildung ab. Für Menschen, welche unentgeltlich andere unterstützen, gibt es zivilgesellschaftliche Lösungen wie zum Beispiel, dass diese Arbeit auf ein Konto gutgeschrieben wird, über das man später selber Hilfe anfordern kann.

Heute bezieht jeder sechste Rentner Ergänzungsleistungen. Werden Rentner immer häufiger in Armut leben müssen?

Silberschmidt: Ergänzungsleistungen waren als Übergangslösung gedacht, bis alle Erwerbstätigen in der Zweiten Säule versichert sind. Doch die Zahl der Bezüger nahm nicht ab, sondern immer weiter zu. Das ist heute ein echtes Problem im Sozialversicherungssystem. Die anstehende Reform sollte sich wieder am Versprechen orientieren, dass die Rente 60 bis 70 Prozent des letzten Lohnes betragen sollte, auch für die unteren Lohnsegmente.

Diener: Die Berufe im Verkauf und weitere Niedriglohnbereiche sind Beispiele dafür, dass die Politik und die Wirtschaft diesbezüglich noch Hausaufgaben machen müssen. Denn nur wenn Löhne und Renten existenzsichernd sind und sich die Lohnschere nicht noch weiter öffnet, hat die Rentenreform an der Urne überhaupt eine Chance.

Die Reform AHV 21 kommt im Frühling ins Parlament. Wird es eine Einigung geben?

«Mir geht es nicht um eine Schuldfrage, sondern darum, dass jetzt alle Generationen bereit sind, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.»

Andri Silberschmidt



Andri Silberschmidt (25) wurde im vergangenen Herbst als Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz in den Nationalrat gewählt.

Silberschmidt: Im Parlament sitzen jetzt mehr Junge und mehr Frauen als vor den Wahlen. Ich hoffe, dass diese Veränderung der Dringlichkeit der Reform mehr Gewicht verleiht. Und damit auch die Chance steigt, dass mehrheitsfähige Lösungen erarbeitet werden können.

Verena Diener, Sie haben sich politisch oft für Umweltanliegen eingesetzt. Entzweit die Klimadebatte die Generationen?

Diener: Ich sehe keine Spaltung, denn ob sich jemand in der Klimadebatte engagiert, ist altersunabhängig. Aber natürlich wird die Klimakrise, welche in der Politik meiner Generation lange nicht wahrgenommen werden wollte, die Jungen stärker treffen.

Silberschmidt: Mir geht es nicht um eine Schuldfrage, sondern darum, dass jetzt alle Generationen bereit sind, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Es ist ähnlich wie bei der Altersvorsorge, niemand sollte auf Kosten anderer leben. Dasselbe Ziel, dass der CO₂-Ausstoss bis 2050 auf null gesenkt werden soll, muss auch für das Defizit in der AHV gelten.

Diener: Nicht nur für die Renten und die Umwelt müssen wir diese Überlegungen anstellen, sondern ebenso für das Ziel der sozialen Nachhaltigkeit, die ebenso wichtig für uns alle ist.

Das Wirtschaftswachstum sichert ja auch die Renten ab. Braucht es neue Lösungsansätze für eine lebenswerte Zukunft?

Diener: Dass die Wirtschaft in der heutigen Form nicht immer weiterwachsen kann, bedeutet eine grosse Herausforderung. Die bisherige Wachstumsphilosophie war sicher einfacher zu

handhaben, weil sie die realen Kosten nicht abgebildet hat. Doch die Erfahrung lehrt, dass die Menschen immer wieder für ein lebenswertes Leben gekämpft haben und bereit waren, sich wenn nötig umzustellen.

Silberschmidt: Es gibt ja auch bereits erfreuliche Entwicklungen in diese Sinne, zum Beispiel die Kreislaufwirtschaft, in der Abfälle wieder Verwendung finden und damit der Ressourcenverbrauch abnimmt. Ich bin überzeugt, dass sich Systeme anpassen können. ■

Persönlich

Andri Silberschmidt (25), Betriebsökonom, seit November 2019 Nationalrat für die FDP, Mitbegründer und Verwaltungsratspräsident des Gastro-Unternehmens Kaisin. Bis Herbst 2019 war er Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz. Er engagiert sich im Stiftungsrat einer Stiftung für Wohnbauförderung und in verschiedenen Vereinen. In Zürich lebt er in einer Wohngemeinschaft.

Verena Diener (70), Rentnerin und in einem Teilpensum Trägerin verschiedener Mandate, vor allem in den Bereichen Umwelt und Gesundheitswesen, ein Teil davon als unbezahlte Freiwilligenarbeit. Sie war 40 Jahre zuerst für die Grüne Partei und dann für die Grünliberalen Regierungsrätin im Kanton Zürich sowie National- und Ständerätin. Sie hat vier Enkelkinder und lebt seit Frühjahr 2019 in einer «altersgerechten» Wohnung in Winterthur.